

G7-Gipfel in Elmau: Wenig Fortschritt für eine gerechtere Welt

Die Bundesregierung hat zu Beginn der G7-Präsidentschaft mit dem Fokus auf Themen wie die Klimakrise, wirtschaftliche Transformation, globale Gesundheit, Infrastrukturinvestitionen sowie Rechtstaatlichkeit und Menschenrechte entwicklungspolitisch relevante Akzente gesetzt. Diese Pläne und die daran geknüpften Erwartungen wurden vom russischen Angriffskrieg auf die Ukraine erschüttert. Die neue Situation hat die G7 nicht nur vor diplomatische und geopolitische Herausforderungen gestellt. Der Krieg hat weltweit massive Auswirkungen und damit bestehende Probleme, wie zum Beispiel die Ernährungssicherheit, noch weiter verschärft. Nichtsdestotrotz tragen die Industriestaaten in vielen Bereichen wie der Schuldenkrise, bei der globalen Pandemiebekämpfung oder der Klimakrise eine große Verantwortung, Veränderungen voranzubringen. Hier sind wichtige Impulse ausgeblieben. Angesichts der dramatischen globalen Situation sind die Ergebnisse des G7-Gipfels nicht zufriedenstellend.

Humanitäre Hilfe und Konflikte

Die G7 hat keine Strategie vorgelegt, um den noch nie dagewesenen humanitären Bedarf zu decken oder das Entstehen neuer Krisen zu verhindern. Viele vernachlässigte Krisen brauchen mehr politische und finanzielle Aufmerksamkeit, um den Bedürfnissen der am meisten gefährdeten Menschen gerecht zu werden und Konflikte zu entschärfen oder zu verhindern. Unerwähnt blieb hier auch die Bedeutung von Konfliktprävention und vorausschauender humanitärer Maßnahmen. Die Verbesserung der Dokumentation und der Rechenschaftspflicht in Bezug auf geschlechtsspezifische Gewalt ist eine wichtige Verpflichtung der G7. Es ist jedoch unzureichend, dass bisher kein Plan zur Umsetzung existiert.

Seit sich die G7-Staaten 2015 dazu bekannt haben, 500 Millionen Menschen aus Hunger und Armut zu befreien, ist die Zahl der Menschen, die unter Hunger leiden wieder kontinuierlich

angestiegen. Eine Bestandsaufnahme sowie ein Aktionsplan, wie das Ziel bis 2030 erreicht werden kann, fehlen jedoch weiterhin. Da die Konsequenzen des Krieges in der Ukraine die bestehende schwierige Situation weiter verschärfen, begrüßen wir die 4,5 Milliarden US Dollar im Kampf gegen Hunger und Unterernährung. Weitere Mittel sind aber dringend nötig. Wichtig ist die Zusicherung der G7, dass ergriffene Maßnahmen zur Förderung der Widerstandsfähigkeit und Nachhaltigkeit der Ernährungssysteme beitragen sollen. Zudem müssen bestehende Institutionen wie der Welternährungsausschuss stärker unterstützt und dürfen nicht durch das Bündnis für globale Ernährungssicherheit geschwächt werden.

Ökonomische Gerechtigkeit und Transformation

Angesichts der andauernden Verschuldungskrise enttäuschen die Ergebnisse des Gipfels. Die G7 hat lediglich ihr Bekenntnis zum Entschuldungsrahmenwerk Common Framework der G20 bekräftigt. Private Gläubiger werden weiter zur Beteiligung an Schuldenerlassen aufgerufen, ohne diesbezüglich weitere Schritte zu unternehmen. Entscheidungen zur beschleunigten und verbesserten Umsetzung des Common Framework sind dringend notwendig, wurden aber nicht beschlossen.

Weiterhin konnten sich die G7-Staaten nicht auf eine Übergewinn-Steuer für Extragewinne von Unternehmen während der Corona-Pandemie und der Zeit des Krieges in der Ukraine verständigen. Damit wurde die Chance vertan, dringend benötigte Mittel zu mobilisieren, um die Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDG) umzusetzen und einer sich weiter verschärfenden Armutssituation entgegenzuwirken. Auch keine Lösungsvorschläge hat die G7 für die steigende Inflation und die sich zuspitzende Energiekrise angeboten, unter deren Auswirkungen derzeit Millionen Menschen leiden.

Die G7 unterstützt die Arbeit der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und der G20 zu einer globalen Mindeststeuer. Leider ist diese Initiative unzureichend. Es bedarf einer internationalen Regelung auf Ebene der Vereinten Nationen.

Klima- und Umweltgerechtigkeit

Um das 1,5-Grad-Ziel in erreichbarer Nähe zu halten, bedarf es eines schnellstmöglichen Ausstiegs aus den fossilen Energien. Es ist deshalb sehr bedauerlich, dass sich die G7 nicht auf einen konkreten Kohleausstieg bis 2030 geeinigt hat. Die Stromsysteme sollen grundsätzlich bis 2035 vollständig oder überwiegend dekarbonisiert werden. Der Ausstieg aus der internationalen Förderung fossiler Infrastruktur bis Ende 2022 wird erneut bekräftigt. Kritisch zu betrachten ist jedoch die Ausnahmeregelung für Flüssiggas. Diese darf nicht zu einem dauerhaften Ausbau der Gasförderung führen. Zudem dürfen für die Förderung fossiler Energie keine Entwicklungsgelder genutzt werden.

Ein wichtiger Punkt des Präsidenschaftsprogramms waren Infrastrukturmaßnahmen. Die Initiative, 600 Milliarden US-Dollar für den Ausbau von Infrastruktur in Entwicklungs- und Schwellenländern zu mobilisieren ist zu begrüßen. Leider stammt ein großer Teil der angekündigten Mittel aus bestehenden Geldern. Die restliche Finanzierung ist bisher noch unklar. Die G7-Regierungen müssen dringend konkrete Pläne vorlegen, wie sie insbesondere die große Herausforderung einer globalen Energiewende finanziell vorantreiben können. Die angekündigten Partnerschaften mit Entwicklungs- und Schwellenländern für den Ausbau erneuerbarer Energien können dafür ein gutes Instrument sein, wenn sie ausreichend finanziert und schnell umgesetzt werden.

Die G7-Staaten haben sich lediglich zu bestehenden Zielen und Verpflichtungen in der Klimafinanzierung bekannt. Konkrete Aussagen wären wichtig gewesen, wie zum Beispiel das 100-Milliarden-Dollar-Ziel oder die Verdopplung der Mittel für Anpassung bis 2025 erreicht werden sollen. Zu begrüßen ist, dass die Bedeutung von Schäden und Verlusten anerkannt wurde. Die G7-Staaten sollten als nächsten Schritt die

Gründung eines Finanzierungsmechanismus auf der diesjährigen UN-Klimakonferenz unterstützen.

Der vorgeschlagene Klimaklub sollte offen und inklusiv sein und darauf abzielen, die ehrgeizige Umsetzung des Pariser Abkommens zu ergänzen und zu unterstützen. Er darf nicht mit dem UN-FCCC oder anderen multilateralen Prozessen konkurrieren.

Die Verpflichtung, bis 2030 mindestens 30 Prozent der Landflächen und 30 Prozent der Ozeane unter Naturschutz zu stellen, ist zu begrüßen. Die notwendigen Maßnahmen sollten jedoch in Partnerschaft mit lokalen Gemeinschaften geplant und durchgeführt werden.

Globale Gesundheit

Wir begrüßen die Unterstützung aller vier Säulen des Access to COVID-19 Tools Accelerator, durch den Instrumente gegen COVID-19 schnell entwickelt und gerecht verteilt werden sollen. Um die Pandemie weltweit zu besiegen, brauchen alle Länder einen gerechten Zugang zu Impfstoffen, Diagnostika und Medikamenten. Vor allem die G7-Staaten haben sich jedoch einer Patentfreigabe, die den Zugang für diese Produkte deutlich verbessert, in den Weg gestellt. Der vorgestellte G7-Pakt für die Pandemiebereitschaft schafft keinen großen Fortschritt in dieser Hinsicht und ändert nichts an den bestehenden strukturellen Problemen und Abhängigkeiten.

Die Verpflichtung, die Gesundheitssysteme zu stärken, begrüßen wir, es fehlt jedoch eine klare finanzielle Perspektive. Die G7 bekennt sich weiterhin dazu, die Wiederauffüllung des Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria zu unterstützen. Wünschenswert wären klare Angaben gewesen, inwiefern die G7 zur Erreichung der Zielsumme von 18 Milliarden Dollar beitragen wird. Grundsätzlich positiv zu nennen ist auch die Unterstützung der Global Financing Facility und der Global Polio Eradication Initiative.

Offene Gesellschaften

Wir begrüßen, dass sich die G7 verpflichtet, zivilgesellschaftliche Freiräume digital und physisch besser zu schützen. Sie möchte eine transparente, rechenschaftspflichtige, integrative und partizipative Regierungsführung stärken und

Programme zum Schutz von Menschenrechtsaktivisten und Korruptionsbekämpfern vorantreiben. Es ist erfreulich, dass die Erklärungen zu offenen Gesellschaften und zu widerstandsfähigen Demokratien als Teile der offiziellen G7-Kommuniqués institutionalisiert wurden. Diese Verpflichtungen müssen nun in messbare Maßnahmen umgesetzt werden.

IMPRESSUM

Herausgeber

C7 Sekretariat, Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen e. V. (VENRO)

Berlin, Juli 2022

Redaktion

Moritz Böttcher

Inhaltliche Mitarbeit

Kira Fischer, Katerina Hadzi-Miceva Evans, Christiane Hildebrandt, Anna-Maija Mertens, Dr. Klaus Schilder, Peter Wiessner

Diese Publikation wurde im Rahmen des C7 Projektes erarbeitet. Es ist finanziert von der GIZ im Auftrag des BMZ.